



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0029/2021

| | | | |
|--|---------------------------------|---------------------------------------|---|
| Vorlage: ST/0027/2021 | | Datum: 12.04.2021 | |
| Dezernat 1 | | | |
| Verfasser: | 80-Amt für Wirtschaftsförderung | Az.: | |
| Betreff: | | | |
| Stellungnahme zum Antrag der CDU-Ratsfraktion: Vorstellung der Arbeit des IT-Beirates | | | |
| Gremienweg: | | | |
| 22.04.2021 | Stadtrat | <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mehrheitl. |
| | | <input type="checkbox"/> abgelehnt | <input type="checkbox"/> Kenntnis |
| | | <input type="checkbox"/> verwiesen | <input type="checkbox"/> vertagt |
| | TOP | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |
| | öffentlich | | <input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert |

Stellungnahme:

Im Rahmen der seit Jahren laufenden Aktivitäten zur Digitalisierung der Verwaltung, der umfassenden Bemühungen um den Digitalstandort Koblenz und die vielen weiteren Themen u.a. zu einer Smart-City wurden und werden bereits vielerlei Betätigungsfelder bearbeitet. Zur besseren Darstellung konnte eine Masterarbeit erstellt werden, deren Ergebnisse ebenso in diesen Prozess einfließen, wie das Engagement der vielfältigen Netzwerke, an denen die Stadt personell und thematisch intensiv beteiligt ist: R56+, TZK, Verein IT-Stadt-Koblenz, Start-Up-League, Mittelrhein-Digital, WWA, Initiative Koblenz-Mittelrhein u.v.a.m. Auch die Einbindung in Projektarbeit z.B. für 5G-Projekte, E-Commerce usw. bietet die Möglichkeit, die städtischen Aspekte einzubringen bzw. Unterstützung zu gewähren.

Hierbei ist von Bedeutung, dass die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse bzw. die gesetzlichen Vorgaben hierzu eine andere Grundlage und Herangehensweise beinhalten, als die sonstigen Smart-City-Prozesse, die sich in der Regel ausschließlich zwischen Unternehmen bzw. zwischen Unternehmen und Kunden abspielen.

Der in Koblenz eingerichtete IT-Beirat ist besetzt mit Fachpersonen aus den IT-Bereichen der Universität, der Hochschule und der IT-Sicherheit. Die Aufgabe besteht darin, die Verwaltung auf ihrem Weg zur Digitalisierung zu beraten, Hinweise zu geben und gleichzeitig die mit diesen Personen verbundenen Netzwerke zu nutzen. Die Tätigkeit ist ehrenamtlich und die Übernahme dieser Aufgabe war seitens der Fachpersonen an die Bedingung geknüpft, keinerlei politische Themen zu erörtern oder Diskussionen zu führen, sondern ausschließlich zu konkreten Fachfragen Stellung zu nehmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und der Haushaltsstrukturkommission die Aktivitäten zur Digitalisierung der Verwaltung vorstellen und damit auch die Tätigkeit des IT-Beirates einbringen.